

Süd-SPD rügt: Landesbetrieb verhält sich 'skandalös'

B 288: Unfallschutz
werde verzögert

Nicht zufrieden war die SPD-Fraktion in der Bezirksvertretung Süd mit dem Sachstandsbericht zur Verkehrssicherheit auf der B 288, den Bezirksamtsleiter Helmut Bräcker vor den Sommerferien gegeben hatte (wir berichteten). Sie beantragt für die Sitzung am Donnerstag, 25. August, den zuständigen Landesbetrieb Straßenbau wegen Untätigkeit zu verklagen. Bräcker hatte in der Sitzung nach früheren Vorstößen von SPD und CDU

ausgeführt, die Zufahrten zu der im Kreuzungsbereich gelegenen Tankstelle einzuschränken, stelle einen zu großen Eingriff in diesen Wirtschaftsbetrieb dar. Nicht überfahrbare Trennlinien in Fahrbahnmitteln oder so genannte Bischofsmützen dort könnten ebenfalls für mehr Verkehrssicherheit sorgen. Allerdings stehe man immer noch in Verhandlungen mit dem Landesbetrieb, um das Linksabbiegen aus Krefeld in die Uerdinger Straße Richtung Ehingen mittels separater Grünphase zu ermöglichen und im Bereich der Kreuzung die Höchstgeschwindigkeit auf 50 statt 70 km/h zu beschränken. Konkrete Maßnahmen wurden bereits Anfang 2004 angekündigt. Die SPD rügt jetzt einen „skandalösen Umgang“ mit politischen Beschlüssen. Das Gebahren des Landesbetriebs müsse gerichtlich überprüft werden, fordert sie. **mkw**

NRZ 23.08.05